212 gefällt die offizielle Facebook-Seite der Stadt Bergkamen

Die Stadt Bergkamen hat ihren Service im Internet weiter ausgebaut und ist seit dem 25. Februar 2013 mit einer eigenen Seite bei Facebook aktiv. Die Stadt nutzt dieses soziale Netzwerk für Informationen und Veranstaltungen und hofft, damit auch die jüngere Bevölkerung besser zu erreichen.



Seitdem haben mit dem Stand Samstagmorgen, 13. April, 212 Personen den „gefällt mir“-Button gedrückt. „Ich freue mich sehr, dass nach kurzer Zeit bereits eine große Anzahl von Personen damit ihre Sympathie für die Facebook-Seite und der Stadt bekundet haben“ sagt Bürgermeister Roland Schäfer.

Allerdings muss auch gesagt werden, dass bei den Gefällt-mir-Bekundungen noch viel Platz nach oben ist. Die Stadtverwaltung hat sehr spät Facebook und die Möglichkeiten des „sozialen Netzwerks“ im Internet erkannt. So gibt es noch eine zweite „Stadt Bergkamen-Seite“, die irgendwann von den Machern der Online-Enzyklopädie „Wikipedi“ erzeugt worden ist. Geboten werden allerdings nur ein paar magere Angaben zur Stadt Bergkamen in englischer Sprache. Seitdem haben 24.831 Facebook-Nutzer auf dieser Seite den Gefällt-Mir-Knopf gedrückt.

Schön sind die wechselnden Fotos im Kopf der Seite, noch besser wären hier Erläuterungen, was auf den Bildern zu sehen ist. Das aktuelle Motiv, das bereits Frühlingsstimmung aufkommen lässt, stellt offensichtlich einen Teil der

Fischtreppe an der Lippe in Rünthe dar. Mit solch einer Facebook-Seite lassen sich nicht nur Veranstaltungen ankündigen, es kann auch im Sinne der gewünschten Tourismusförderung Werbung für die Stadt gemacht werden.

Bürgermeister Schäfer lädt Neubürger ein

Bürgermeister Roland Schäfer lädt am kommenden Mittwoch erneut zum Neubürgerabend ein.

Eine Einladung haben alle diejenigen erhalten, die im letzten halben Jahr in Bergkamen neu zugezogen sind. Darüber hinaus wurden auch die Neu-Eingebürgerten zum Informationsabend eingeladen. Eine Kinderbetreuung wird angeboten.

Der Neubürgerabend findet statt am **Mittwoch, 17. April, um 19 Uhr im Gebäude der Volkshochschule“Treffpunkt“ an der Lessingstraße.**

Bürgermeister Schäfer diskutiert mit den Weddinghofenern

Bürgermeister Roland Schäfer setzt seine Veranstaltungsreihe **„Bürgermeister vor Ort“** fort am Donnerstag, 18. April, um 19.00 Uhr **in den Kuhbach-Stuben, Pfalzstraße 82 in**

Weddinghofen.

Zur offenen Diskussionsrunde lädt Bürgermeister Roland Schäfer alle interessierten Bürgerinnen und Bürger des Stadtteils Bergkamen-Weddinghofen herzlich ein: „Sollten Sie sich für bestimmte Themen interessieren, die für Bergkamen-Weddinghofen von allgemeiner Bedeutung sind, würde ich mich zur entsprechenden Vorbereitung über eine kurze Info vorab freuen“.

Anregungen nimmt die Referentin des Bürgermeisters, Monika Lichtenhof, unter Telefon 02307/965-277 oder über das Bürgertelefon 02307/965-444 gerne entgegen.

Anwesend werden sein der Ortsvorsteher von Weddinghofen Dirk Haverkamp sowie ein Bezirksbeamter der Polizeidienststelle Bergkamen.

Vor 80 Jahren begann der Nazi-Terror im KZ Schönhausen

Vor genau 80 Jahren begann eines der dunkelsten Kapitel der Geschichte der heutigen Stadt Bergkamen in der Zeit des Nationalsozialismus: Im „Konzentrationslager Schönhausen“ im heutigen Gemeindehaus der Freikirchlichen Gemeinde an der Lentstraße wurden die ersten Kritiker und Gegner des Hitler-Regimes inhaftiert.



Ehemaliges Wohlfahrtsgebäude in der Bergarbeitersiedlung Schönhausen

Der durch den damaligen Reichskommissar für das preußische Innenministerium Hermann Göring eingesetzte kommissarische Landrat im Kreis Unna, Wilhelm Tengelmann, ließ am 12. April 1933 in den frühen Morgenstunden 489 führende Mitglieder der KPD durch die Polizei und ihre nazitreuen Hilfskräfte verhaften. Ein großer Teil wurde zum neu eingerichteten KZ Schönhausen in der damaligen Bergarbeitergemeinde Bergkamen gebracht. Die übrigen Gefangenen wurden zu umliegenden Gefängnissen, Zuchthäusern und Sammellagern transportiert – unter anderem zur berüchtigten Dortmunder Steinwache. Dort, aber auch in Schönhausen gehörten Folter und Misshandlungen durch die Wachmannschaft zum Alltag der Gefangenen.

Als „sadistisch und pervers“ bezeichnete der Kaufmann Dr. Busch aus Unna in einem Beschwerdebrief an den Nachfolger von Tengelmann die Quälereien, die er nachts am 13. April 1933 in Bergkamen erlitten hatte. Geschlagen worden sei er von SA- und SS-Leuten mit einer Eisenstange und einem Gummiknüppel. Folge der Schläge auf seinen Kopf sei der Verlust seines Geruchssinnes.

Fast 1000 Frauen und Männer in „Schutzhaft“

Fast 1000 Frauen und Männer gerieten bis zur Auflösung des

Lagers am 24. Oktober 1933 in Schönhausen in die sogenannte Schutzhaft. Den KPD-Mitgliedern folgten Sozialdemokraten, Gewerkschafter und auch rund ein Dutzend Personen jüdischen Glaubens. Da das KZ Schönhausen nach Schätzung des Bergkamener Stadtarchivars Martin Litzinger lediglich bis zu 200 Häftlingen aufnehmen konnte, musste möglichst schnell Platz durch Verlegungen in andere Sammellager und Zuchthäuser geschaffen werden. Auch dafür hatte Landrat Wilhelm Tengelmann dank seiner hervorragenden Verbindungen zum preußischen Innenminister Göring und zu dessen Polizeiführung im Ruhrgebiet und Rheinland gesorgt.



Waschkabinen im Wohlfahrtsgebäude

Wegen des Platzmangels gab es außer einigen Stühlen keine Möbel. Von den Wachmannschaften erhielten die Häftlinge nur trockenes Brot sowie dünnen Kaffee oder Brühe. Weitere Verpflegung brachten Angehörige. Misshandlungen und Folterungen der Inhaftierten standen auf der Tagesordnung.

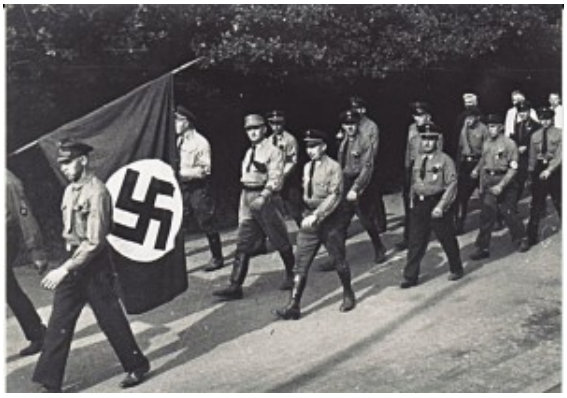
Bereits am 15. April 1933 erfolgte per Bahn der erste Sammeltransport mit 60 Gefangenen zum Konzentrationslager Brauweiler in Pulheim bei Köln. Wenige Stunden später erhängte sich dort der Häftling und ehemalige KPD-Funktionär Ernst Bronheim. Für die Historiker Hermann Daner und Josef Wißkirchen, die die Geschichte des KZ Brauweilers erforscht haben, steht fest, dass die Ursache für diesen Selbstmord in den vorher erlittenen Misshandlungen in Schönhausen zu suchen

seien.

Gerüchte, Bronheim sei während des Transports von Wachmannschaften erschossen worden, dementierte die NS-Nachrichtenstelle im Kamener Rathaus sofort und drohte, wer in Zukunft solche Gerüchte in die Welt setze, „wird sofort verhaftet“.

Einschüchtern und gefügig machen

Die neuen Machthaber machten keinen Hehl daraus, was hinter den Mauern des Wohlfahrtsgebäudes geschah. Ihr Ziel war es, die Bergkamener Bergarbeiter und deren Angehörige einzuschüchtern und gefügig zu machen.



SA marschiert durch Bergkamen.

Die Schreie der Gequälten waren bis weit in die Bergarbeitersiedlung Schönhausen zu hören. Mindestens zwei Mal standen Berichte über das Lagerleben im Hellweger Anzeiger und anderen nicht verbotenen Tageszeitungen im Kreis Unna. „Das neue Deutschland aber will ein Kulturstaat sein und deshalb auch mit seinen jetzt ohnmächtigen Feinden menschlich verfahren“, heißt es beschönigend in der Ausgabe des HA vom 30. Mai. Und nur wenige Sätze weiter: „Hier lernen sie endlich einmal das Gesetz des Unterordnens; denn hier gilt nur ein Wille: der des Lagerkommandanten, und der wieder handelt nach dem Willen und im Sinne unseres großen Führers Adolf Hitler.“

Vermutlich hat auch hier kein Redakteur das Lager von innen gesehen. Gedruckt wurde das, was die die NS-Nachrichtenstelle im Kamener Rathaus als Text vorgegeben hatte. Das geschah auch so einen Monat vorher bei einem Bericht über die „Geburtstagsfeier“ für Adolf Hitler am 20. April 1933. Im Kamener Stadtarchiv befindet sich dazu das Manuskript, das am 24. April 1933 im Hellweger Anzeiger veröffentlicht wurde.

„Umerziehungslager“

Die neuen lokalen NS-Herrscher betrachteten das „Konzentrationslager Schönhausen“ als eine Art Umerziehungslager, in dem sie die Insassen folterten und misshandelten. Direkte Todesfälle sind nicht bekannt, doch manche Insassen wurden durch den Terror so gebrochen, dass sie sich später das Leben nahmen.

Verantwortlich für die Einrichtung des KZ Schönhausen waren die örtlichen Nazi-Größen. So erklärte der Bürgermeister des Amtes Pelkum, zu dem die Altgemeinde Bergkamen damals gehörte, am 22. März 1933: „Es ist zwingend notwendig, die schnellste Schaffung von Konzentrationslagern durchzuführen.“ Das erledigte Landrat Wilhelm Tengelmann im ehemaligen Wohlfahrtsgebäude in Schönhausen innerhalb von gut drei Wochen.

Gerade dort ein Konzentrationslager einzurichten, hatte mehrere Gründe. So war zu diesem Zeitpunkt das Deutsche Reich Eigentümer des Gebäudes wie auch der Schachtanlagen Monopol in Kamen und Grimberg 1/2 in Bergkamen samt der dazugehörigen mehreren Tausend Bergarbeiterwohnungen in beiden Städten. Vorher gehörte es als Teil der Gelsenkirchner Bergwerks-Gesellschaft zum Montan-Imperium des Industriellen Friedrich Flick.

Doch der Finanzjongleur Flick geriet durch den Börsenzusammenbruch 1929 und die nachfolgende Weltwirtschaftskrise finanziell ins Straucheln. Der

Kursverfall seines Aktienbesitzes sorgte dafür, dass sie keine Sicherheiten für seine Bankschulden mehr boten. Gerade zur rechten Zeit kursierten Gerüchte, eine französische Bank hätte Flick ein derart interessantes Angebot für seine Zechen an der Ruhr unterbreitet, dem er eigentlich nicht widerstehen könne. Damit dieser wichtige Teil der deutschen Wirtschaft nicht in die Hände des „Erbfeindes“ fallen konnte, kaufte die Reichsregierung unter Kanzler Brüning die Gelsenkirchener Bergwerks-Gesellschaft zu einem vielfachen des Aktienkurses.

Während Flick zwar mit Blessuren, aber keineswegs als armer Mann die Krisenjahre überstand, litten die Bergleute auf den Schachtanlagen im Kamen und Bergkamen bittere Not. Wegen der geringen Nachfrage nach Kohle wurden viele Kumpel arbeitslos und diejenigen, die noch auf den Lohnlisten standen, mussten empfindliche Einkommensverluste durch sogenannte Freischichten und Lohnkürzungen hinnehmen. 1936 kaufte Flick vom Reich die Aktien zurück. Vorher war die Gelsenkirchener Bergwerks-Gesellschaft in der Essener Steinkohlenbergwerke AG aufgegangen.

Landrat mit guten Verbindungen



Kommissarischer Landrat des Kreises Unna Wilhelm

Tengelmann

Hilfreich für die Einrichtung des Konzentrationslager Schönhausen war sicherlich, dass Landrat Wilhelm Tengelmann seit 1930 Betriebsinspektor auf der Schachtanlage Monopol in Kamen war, also als Chef direkten Zugriff auf das Wohlfahrtsgebäude hatte. Seinen Posten in Kamen und den des Landrats Unna gab er 1933 auf, nachdem ihn sein Freund Hermann Göring als Wirtschaftsberater nach Berlin gerufen hatte. Wilhelm Tengelmann war übrigens ein Sohn des Vorstandsvorsitzenden der Essener Steinkohlenbergwerke AG, Ernst Tengelmann. Ab 1930 unterstützten die Tengelmänner, dazu gehörte auch Wilhelms Bruder Walter, wie Friedrich Flick finanziell die NSDAP. Das war einer von vielen Vorwürfen gegen Flick und seine Wegbegleiter in den Kriegsverbrecherprozessen in Nürnberg.

Ein vielleicht ebenso wichtiger Grund für die Einrichtung des KZ war für die Nazis, dass trotz ihres Terrors, der nach dem Reichtagsbrand am 27. Februar 1933 verstärkt wurde, und trotz aller Propaganda die meisten Menschen im Kreis Unna sich nicht mit den neuen braunen Herrschern anfreunden konnten. So feierten zum Beispiel die Bergkamener Nazis die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler mit zweitägiger Verspätung unter massivem Polizeischutz mit einem Fackelzug erst am 1. Februar.

Dass die meisten Bergkamener den Nationalsozialisten ablehnend gegenüberstanden, zeigen auch die Ergebnisse der Reichstagswahlen am 7. März: Nur 32,9 % der Stimmen erhielt die NSDAP in Bergkamen. Bei den Kommunalwahlen fünf Tage später traten die Nazis in der Hoffnung, so Stimmen aus dem bürgerlichen Lager zu erhalten, nicht unter ihrem Parteinamen, sondern als „Liste Schmidt“ an. Die Liste gewann aber nur sieben von 15 Sitzen im neuen Gemeinderat. Die Stimmenmehrheit war erst sicher, nachdem der Gemeindevertreter der KPD vor der konstituierenden Sitzung verhaftet wurde. Bei der Bürgermeisterwahl erhielt der bisherige sozialdemokratische

Gemeindevorsteher Dröge nur die fünf Stimmen seiner eigenen Partei und unterlag.

Mit der Bewachung der Gefangenen und der Verwaltung des Konzentrationslagers Schönhausen beauftragte Tengelmann als Polizeichef SA, SS und Stahlhelmmänner der Hilfspolizei Kamen-Bergkamen. Für sie wurde im Zechenkasino von Grimberg I/II eine zweite Bereitschaftsunterkunft eingerichtet.

Nach den Kommunisten kamen die Sozialdemokraten

Zu den prominenten Sozialdemokraten unter den Schönhausen-Häftlingen gehörten der Monopol-Betriebsrat und Vorsitzender der SPD-Stadtratsfraktion in Kamen, Valentin Schürhoff und der Chefredakteur der SPD-Zeitung „Der Hammer“, Walter Poller. Ein enger Mitarbeiter Walter Pollers in der Redaktion des „Hammers“, Hubert Biernat, konnte sich allerdings der Inhaftierung durch Flucht aus der elterlichen Wohnung, Reinhardstraße 1, in Heeren-Werve entziehen, indem sein Vater, Bergmann auf der Schachtanlage Königsborn 2, die SA-Leute täuschte.



Walter Poller und Frau im Garten beim Kaffeetrinken

Biernat, der nach dem Krieg Landrat des Kreises Unna,

Regierungspräsident in Arnsberg, Abgeordneter des NRW-Landtags und NRW-Innenminister werden sollte, ging in den Untergrund und flüchtete übers Rheinland nach Belgien. Im Spätherbst 1933 kehrte er ins östliche Ruhrgebiet zurück und schloss sich der Widerstandsgruppe um Walter Poller an. In der Nacht zum 1. November 1934 verhaftete die Gestapo erneut Walter Poller. Trotz brutaler Folter in der berüchtigten Dortmunder „Steinwache“ verriet er keinen seiner Mitstreiter. Am 29. Juni 1935 wurde Poller wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ zu einer Zuchthausstrafe von vier Jahren verurteilt. Die verbrachte er in Gefängnissen in Münster, Neusustrum, Börgermoor, Plötzensee, Oslebshausen, Celle und dem Moorlager Lührsbockel in der Lüneburger Heide. Danach wurde er erneut verhaftet und über Celle und Dortmund ins KZ Buchenwald gebracht. Seine Erinnerungen fasste Walter Poller in dem Buch „Arztschreiber in Buchenwald“ zusammen. 1940 wurde er aus dem KZ entlassen. Nach dem Krieg wurde Poller erster Chefredakteur der „Westfälischen Rundschau“.

Am 20. Oktober 1933 teilte der neue Unnaer Landrat Dr. Heinrich Klosterkemper der Lagerverwaltung mit, dass auf Anordnung des preußischen Innenministers die kleineren Lager, also auch das Konzentrationslager Schönhausen, aufzulösen seien. Dieser Anordnung kam man am 24. Oktober 1933 nach. Die letzten Häftlinge wurden entweder entlassen oder in die Emslandlager und das KZ Oranienburg verlegt.

AfA beschäftigt sich mit Rundschau-Schließung

Der AfA-Stadtverband – Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD – lädt ein zu einer

Vorstandssitzung am Mittwoch, 17. April, um 18.30 Uhr in das IGBCE-Haus an der Rotherbachstraße 144 (Oberaden).

Heino Baues, ehemaliger Redakteur der Westfälischen Rundschau, wird über die überraschende Schließung der WR-Lokalredaktionen sprechen. Zudem geht es um die anstehenden Wahlen (Bundestag, Kommunalwahl), und um den SPD-Bürgerkonvent in Berlin. Weitere Themen sind Berichte aus den Ortsvereinen und dem Stadtverband sowie um die nächste Vorstandsitzung, die sich um den demographischen Wandel drehen soll.

Vortrag über Altersarmut

Um „prekäre Arbeitsverhältnisse und Altersarmut“ dreht sich eine Veranstaltung, zu der der SPD- und der AfA-Stadtverband am Donnerstag, 11. April, einladen.

Referent ist Stefan Grasediek, Abteilungsleiter „Renten“ bei der Knappschaft Bahn See. Nach seinem Referat will er mit Ralf Beltermann (Organisationssekretär DGB NRW), Betta Schwab-Losbrodt (AsF-Vorsitzende im Kreis Unna) und Gerd Kompe (Landesvorsitzender AG 60plus NRW) diskutieren.

Die Zuhörer haben ebenfalls die Gelegenheit, das Wort zu ergreifen und den Podiumsteilnehmern Fragen zu stellen.

Los geht es am 11. April um 19 Uhr im „Treffpunkt“ an der Lessingstraße 2.

Besuch im Landtag möglich



Der Landtag in Düsseldorf. Foto: Landtag NRW

Zu einem Besuch im Landtag laden die VHS und die Arbeitsgemeinschaft Leben ein. Termin: 24. April. VHS-Kurs Nummer U1001.

In diesem Semester will die Arbeitsgemeinschaft Arbeit und Leben in Zusammenarbeit mit der VHS zu einem Besuch im Landtag NRW einladen. Eine gute Gelegenheit, viel über den Landtag zu erfahren, die parlamentarische Arbeit vor Ort live zu erleben und sich darüber auszutauschen. Die Teilnahme auf der Zuschauertribüne an einer Debatte der Abgeordneten im Plenarsaal bietet tiefere Einblicke in die aktuelle politische Arbeit. Im Anschluss haben die Teilnehmer die Gelegenheit, mit dem Bergkamener Landtagsabgeordneten Rüdiger Weiß ins Gespräch zu kommen.

Folgender Ablauf ist vorgesehen:

10.30 Uhr Abfahrt vom VHS-Gebäude „Treffpunkt“

12.15 Uhr Ankunft und Sicherheitscheck

12.30 Uhr Einführung in die Tagesordnung

13.00 Uhr Tribüne

14.00 Uhr Diskussion mit Herrn Weiss

15.00 Uhr Kaffee und Kuchen

15.30 Uhr Programmende

15.30 Uhr bis 18.00 Uhr zur freien Verfügung

18:00 Uhr Rückfahrt

Anmeldeschluss ist der 10.04.2013

Die Gebühr für dieses Angebot beträgt 20,00 Euro.

Anmeldung bitte bei der VHS. Persönlich ist dies während der Öffnungszeiten montags bis freitags von 08.30 – 12.00 Uhr und montags, dienstags und donnerstags von 14.00 – 16:00 Uhr im Volkshochschulgebäude „Treffpunkt“, Lessingstr. 2, 59192 Bergkamen, möglich. Eine Anmeldung per Telefon kann unter der Rufnummer 02307 / 284 952 oder 284 954 erfolgen. Online können Interessierte sich jederzeit über www.bergkamen.info oder www.bergkamen.de anmelden.

RWE und GSW bewerben sich um Stromkonzession

Der Stromriese RWE Deutschland und die heimischen Stadtwerke GSW haben sich um den Stromkonzessionsvertrag für die Stadt Bergkamen beworben.



In der letzten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses hatte Kammerer Horst Mecklenbrauck darüber berichtet, dass die Stadt das Auslaufen des Stromkonzessionsvertrages zum 31.12.2014 öffentlich bekannt gegeben und um Abgabe von Interessenbekundungen zum Neuabschluss eines Stromkonzessionsvertrages für die nächsten 20 Jahre bis zum 28.03.2013 aufgefordert hat.

Die GSW-Gemeinschaftsstadtwerke Kamen-Bönen-Bergkamen und das RWE Deutschland AG haben fristgerecht entsprechende Bekundungen bei der Stadt Bergkamen und auch bei den Kommunen Kamen und Bönen abgegeben.

Den beiden Unternehmen werden jetzt die 1. Verfahrensbriefe und eine zu unterschreibende Vertraulichkeitsvereinbarung zugeleitet erhalten, die sie bis zum 16.4.2013 zurückzugeben haben.

Nach Vorlage der entsprechenden Erklärung sind die Unternehmen aufgefordert, bis zum 10.05.2013 ein indikatives Angebot für den Abschluss eines Konzessionsvertrages mit der Stadt einzureichen. Daran schließen sich Bewerbergespräche mit der verfahrensleitenden Stelle der Stadt in der 23. Kalenderwoche an. Nach Abschluss dieser Verhandlungsphase werden die Bewerber zur Abgabe eines verbindlichen Angebotes aufgefordert.

Beim Stromkonzessionsvertrag handelt es sich um das Stromnetz, nicht um die Stromlieferungen selbst. Diese Verträge müssen noch zu einem späteren Zeitpunkt verhandelt werden.

Erst jedoch war die Stadt Bergkamen gesetzlich verpflichtet, den knapp 20 Jahre alten Konzessionsvertrag europaweit auszuschreiben. Wie Horst Mecklenbrauck im Vorfeld in einem Interview mitgeteilt habe, sei die Stadt Bergkamen allerdings nicht verpflichtet, letztendlich auch den günstigsten Anbieter zu nehmen. Mecklenbrauck: „Es sind bestimmte Auswahlkriterien vorgegeben, die in einem transparenten Vergabeverfahren eingehalten werden müssen.“ Die Entscheidung für RWE oder die GSW wird im Herbst 2013 der Rat der Stadt fällen.

Petanque-Turnier am Karsamstag

Der SPD Ortsverein Weddinghofen veranstaltet am Samstag, den 30. März, wieder das jährlich stattfindende Oster-Petanque-Turnier.

Dieses findet am Ostersamstag an der Boule-Bahn am Wasserpark statt.

Jeder, der mitmachen möchte, ist herzlich willkommen. Der heimische Bundestagsabgeordnete Oliver Kaczmarek hat sein Kommen angekündigt und wird ein Team unterstützen. Für Fragen steht er natürlich auch zur Verfügung. Beginn ist 13.30 Uhr.

Will die CDU die Bergkamener

Lichtkunst ausschalten?

Die CDU lässt nicht locker. Dass ihre Ratsfraktion zumindest von Teilen der Bergkamener Lichtkunst nicht viel hält, hatte sie bereits in früheren Jahren immer wieder erklärt. Eine ihrer Forderungen war zum Beispiel, auf den Bau der Lichtstele „Impuls“ auf den Bergehalden zu verzichten und die bereits zugesagten Fördergelder an das Land zurückzugeben.



„Marina Pulslicht“ von Mischa Kuball

Jetzt hat sie nachgelegt. Im Januar stellten die Christdemokraten die Anfrage, was denn nun die Lichtkunst der Stadt an Unterhaltungskosten bringen würde. Die Antwort präsentierten jetzt Kulturdezernent Bernd Wenske und Kulturreferentin Simone Schmidt-Apel. Es sind pro Jahr etwas mehr als 16.000 Euro, die aus dem Kulturetat finanziert werden.

Die Ankündigung des stellvertretenden CDU-Fraktionsvorsitzenden Marco Morten Pufke, diese fein aufgeschlüsselte Kostenbilanz nun vor dem Hintergrund des aktuellen Haushaltssicherungskonzepts in die interne Beratung zu bringen, brachte sofort eine Gegenreaktion von „Rot-Grün“. Sowohl

Der kulturpolitische Sprecher der SPD-Fraktion Dieter Mittmann als auch Kulturausschussvorsitzender Thomas Grziwotz (Bündnis

90/Die Grünen) legten klare Bekenntnisse zur Bergkamener Lichtkunst ab.

Thomas Grziwotz fragte zum in der jüngsten Sitzung des Kulturausschusses, ob den nun diese 16.000 Euro von der Kultur in Gänze zu bestreiten sein oder ob nicht wenigstens Teile aus dem Etat für Tourismus- und Wirtschaftsförderung kommen müssten. Schützenhilfe erhielt er, wenn auch vermutlich nicht beabsichtigt, von Jürgen Fischer, der als regionaler Kulturkoordinator beim Regionalverband Ruhr sich um die Aktivitäten der Kulturhauptstadt „Ruhr.2010“ kümmert. Er erklärte, dass neben den Projekten „Emscherkunst“ und „Über Wasser gehen“ Bergkamen wegen seiner herausragenden Stellung beim Thema „Kunst im öffentlichen Raum“ in den Fokus geraten sei.

Eine ganz andere, für die weitere Diskussion über die Betriebskosten entscheidende Frage ist sicherlich: Darf Bergkamen überhaupt seine Lichtkunst ausknipsen? Am kommenden Samstagabend während der Klimaschutzaktion „Earth Hour“ sicherlich für eine Stunde – aber auch für immer? Vermutlich darf sie das nicht, denn zu den Anschaffungskosten für Kreiselkunst & Co. brauchte die bisher keinen Cent zu zahlen. Es wurden dafür aus unterschiedlichen Töpfen des Landes Fördermittel zur Verfügung gestellt. Wer sie annimmt, gibt in der Regel eine Bestandsgarantie ab. Werden die so geförderten Projekte nicht zweckbestimmt genutzt, droht der Zwang zur Rückzahlung an die Landskasse.

Interessant ist übrigens, dass 2012 von den 16.000 Euro nur ein Drittel für die Begleichung der Stromrechnung an die GSW aufgewandt wurden. Der größte Batzen machten Reparatur- und Personalkosten aus. An die Versicherungen waren schließlich rund 3600 Euro zu zahlen.

Weitere Informationen zur Lichtkunst und zur Kunst im öffentlichen raum gibt es hier. Der WDR hatte vor drei Jahren einen Filmbeitrag zu seiner Reihe „Westart Meisterwerke“

produziert. Wer ihn sich ansehen möchte, findet ihn hier.

IGBCE-Bildungsveranstaltung für Jüngere zum Thema „Rente“

Die IGBCE-Ortsgruppe Oberaden lädt am kommenden Montag, 25. März, um 17 Uhr insbesondere die jüngeren Kolleginnen und Kollegen zu einer Bildungsveranstaltung zum Thema „Rente“ ein.

Da gibt es allerlei Unsicherheiten. Wann darf etwa ein heute 40-Jähriger in den wohlverdienten Ruhestand eintreten, ist eine Frage, die beunruhigen sollte. Eine andere lautet: Reichen die Rentenzahlungen aus, um davon sorgenlos leben zu können?

Es gibt also eine Menge zu informieren und diskutieren. „Wer heute nicht finanziell vorsorgt, wird später einmal wirklich „alt aussehen“, meint die IGBCE-Oberaden.

Die Bildungsveranstaltung beginnt am Montag um 17 Uhr im IGBCE-Heim, Rotherbachstraße 144.